

Klirrend kalte Klimaerwärmung



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Hunderte von Kältetoten. Sibirische Temperaturen. Schneestürme in der Türkei und in Tunesien. Vereiste Wasserleitungen. Eingefrorene Stromnetze. Eigentlich sollten wir Durchschnittsmenschen annehmen, auch unsere Durchschnittsjournalisten würden sich gelegentlich Gedanken machen. Nämlich über ihre ständigen Horrorszenarien einer Treibhaus-Ozonloch-Klimaerwärmung. Der «Blick» titelt immerhin ironisch: «Klimaerwärmung, komm sofort!» Doch der «Tages-Anzeiger» meint griesgrämig: «Wegen der Klimaerwärmung werden die Bergwinter kühler.»

Ups. Da wird ein Argument an den Haaren durch den Kakao herbeigezogen. Denn das Faktum der aktuellen Kältewelle ist für die Klima-Anheizer ideologisch ein Kälteschock. Der Bergwinter sei – so der «Tages-Anzeiger» – in den letzten zwanzig Jahren kälter geworden. Schuld daran trage die Eisschmelze am Nordpol. Aber gewiss doch. Ist doch logisch. Wegen der Hitze wird es kühler. Nach diesem Schema dürfen wir uns auf weitere spannende Artikelüberschriften freuen: «Wegen immer mehr Schulden werden die Staaten reicher.» – «Wegen der Bereitstellung von mehr Unterkünften kommen weniger Asylbewerber.» – «Wegen längeren SRG-Fernsehkonsumenten werden die Schweizer klüger.»

Die Klimadebatte der vergangenen Jahre geht auf keine Pinguinhaut. Man hat uns einen Eisbären aufgebunden. Die nördliche Halbkugel ist in den letzten zwei Jahrzehnten im Osten der USA, in Südkanada und Nordeuropa im Winter deutlich kühler geworden. Dies passt irgendwie schlecht zum Dogma der globalen Erderwärmung. Und zur Weltuntergangsstimmung der rot-grünen Klimahysteriker. Zum Glück vernimmt man vermehrt besonnene, kritische Forscher. Diese meinen, der menschliche CO₂-Ausstoss sei eine zu vernachlässigende Grösse. Und die Klimaveränderung ein Teil der Natur. Ein anderer Teil der Schöpfung sind die Erfinder von CO₂-Gesetzen, CO₂-Abgaben und Uno-Klimagipfeln in Durban, Cancún oder Kopenhagen. Eine einzige wertvernichtende Umverteilungsübung. Damit die Panikmacher zu Geld und Macht kommen.

Der Weltuntergang ist vorderhand verschoben. Wenden wir uns besser der politisch-wirtschaftlichen Gross- und Kleinwetterlage zu. Etwa dem Regenschauer über den Euro-Rettungsschirmspannern. Oder dem Gewitter wegen amerikanischer Steuerstreitsüchtigen. Oder dem unterkühlten Betriebsklima im Bundesrat.

NEIN ZUR VOLKSINITIATIVE «6 WOCHEN FERIEN FÜR ALLE»

Die Ferieninitiative gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand

«Sechs Wochen Ferien für alle» tönt auf den ersten Blick natürlich verlockend. Wenn man sich aber der Konsequenzen bewusst wird, welche diese Forderung der Gewerkschaften auslösen würde, kommt man schnell zum Schluss, dass die Initiative abzulehnen ist.



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Bald täglich berichten die Medien von neuen Sofortmassnahmen zur Stützung des Euro und zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit gewisser EU-Staaten. Rund um die Schweiz ist die wirtschaftliche Situation ernst, teilweise sogar dramatisch: Die öffentlichen Finanzen zahlreicher Staaten sind vollends aus den Fugen geraten, die politischen Zustände sind instabil, und die Arbeitslosigkeit ist horrend. Unschöne Rahmenbedingungen für Unternehmen und wenig attraktive Verhältnisse für Investitionen.

Im Vergleich zu fast allen Staaten im Euro-Raum sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Schweiz verhältnismässig gering. Dies liegt einerseits sicher an unserer volkswirtschaftlichen Struktur, welche von kleinen und mittleren Betrieben geprägt ist. Diese schaffen eine hohe Stabilität und sichern Arbeitsplätze wie auch unsere Sozialwerke. Andererseits aber liegt die Stärke der Schweiz auch in ihren Rahmenbedingungen: Eine moderate Steuerbelastung, eine hohe Rechtssicherheit, eine im Vergleich unbürokratische Verwaltung sowie das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern prägen unser Land. Nicht zuletzt dank diesen wichtigen Faktoren sind wir ein konkurrenzfähiger Wirtschafts- und Werkplatz. Darum müssen wir Sorge tragen zu diesen Rahmenbedingungen. Der Blick auf die kaum vorhandenen Rohstoffe und die hohen Standortkosten zeigt: Der Wohlstand der Schweiz ist nicht selbstverständlich.

Sorge tragen zum Wirtschaftsstandort Schweiz

In der derzeitigen Krisensituation zeigt sich deutlich, welche Faktoren für die Arbeitnehmer am wichtigsten sind: die Sicherheit der Arbeitsplätze und ein stabiles soziales Netz. Ob jemand 4, 5 oder 6 Wochen Ferien hat, ist sicher weniger wichtig als die Frage, ob man Arbeit hat oder nicht. Und dabei müssen wir sehen: Nur florierende Unternehmen vermögen unsere Sozialwerke zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Unternehmen können dann gewinnbringend arbeiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und sie auf mo-

tivierte, kompetente Mitarbeiter zählen dürfen. Das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern ist eine Grundlage dafür. Die Sozialpartnerschaft ist eine wichtige und auch typische schweizerische Errungenschaft. Selbstverantwortung geht staatlicher Regulierung vor. Das gemeinsame Suchen nach einer sinnvollen Lösung ist wichtiger als einheitliche staatliche Vorschriften.

Auf diesen Grundsätzen ist auch die heutige Regelung des Ferienanspruchs entstanden. Seit über 25 Jahren haben die Schweizer Arbeitnehmer Anspruch auf 4 Wochen bezahlte Ferien. Diese Regelung hat sich bewährt. Selbstverständlich steht es jedem Betrieb frei, eine grosszügigere Ferienregelung anzubieten. Dies jedoch ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren und nicht vom Gesetz zwingend vorzuschreiben. Viele Angestellte haben mit und ohne Gesamtarbeitsvertrag und dank interner Firmenregelungen bereits heute mehr Ferien: Unter 50-jährige haben im Schnitt 4,8 Wochen Ferien, über 50-Jährige 5,4 Wochen.

Attraktive Rahmenbedingungen bewahren

Bereits heute leiden die Unternehmen unter der wachsenden Bürokratie, immer höheren Steuern und Abgaben, aber auch unter den zunehmenden Kosten für die Sozialwerke. Besonders betroffen sind die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Und die Schweiz ist ein KMU-Land: 99,7 Prozent unserer Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende. Sie schaffen zwei Drittel der Arbeitsplätze, bilden 70 Prozent der Lernenden aus und sorgen für einen innovativen und international konkurrenzfähigen Standort Schweiz.

Die Ferieninitiative kostet die Betriebe jährlich 6 Milliarden Franken. Längere Abwesenheiten belasten vor allem kleine Betriebe. Die meisten Unternehmer können für weniger Arbeitszeit nicht den gleichen Lohn bezahlen. Es bleiben zwei Möglichkeiten: Löhne nach unten korrigieren oder längere Zeit auf Lohnerhöhungen verzichten. Da es sich viele Firmen auch nicht leisten können, zusätzliche bezahlte Stellvertretungen einzustellen, nähme die Belastung – Hektik und Stress vor und nach den Ferien – zu. Dies alles kann nicht im Sinne der Mitarbeiter und eigentlich auch nicht der Gewerkschaften sein.

MEHR FERIEN = WENIGER JOBS

Ferieninitiative NEIN

www.ferieninitiative-nein.ch

Ferieninitiative schwächt den Standort Schweiz

Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz würde mit der Ferieninitiative infrage gestellt: Wenn die Schweiz als einziges europäisches Land einen gesetzlichen Ferienanspruch von 6 Wochen einführen würde, bedeutete dies für die Unternehmen einen substanziellen Wettbewerbsnachteil. Bereits heute sind die Arbeitskosten deutlich höher als im Ausland. Diese Tendenz weiter zu forcieren, ist sicher der falsche Weg.

Die Ferieninitiative bedroht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes: Sie gefährdet darüber hinaus unsere Arbeitsplätze und schadet unserem Wohlstand. Wir sollten uns nicht am «Modell Griechenland» orientie-

ren, sondern den Werkplatz Schweiz stärken. Und wer den Standort Schweiz stärken will, muss die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» ablehnen.

Die Ferien-Initiative wird von einer breiten Allianz entschieden abgelehnt: Der Bundesrat hat das Begehren ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Auch im Parlament war die Initiative chancenlos und wurde deutlich verworfen (im Nationalrat mit 122:61 Stimmen, im Ständerat mit 32:10 Stimmen). Der Linken stand dabei ein geschlossenes und breites Bündnis von SVP, FDP, CVP, GLP und BDP gegenüber.

ABSTIMMUNG ÜBER DIE BUCHPREISBINDUNG

Nein zu überteuerten Büchern!

Der Verleger- und Buchhändlerverband beklagt Umsatzrückgänge und drückt auf die Tränendrüse. Die Rettung suchen die Buchhändler beim Staat, der ihnen auf Kosten der Konsumenten über fixe Buchpreise das Überleben sichern soll. Das Komitee «Nein zu überteuerten Büchern» kämpft gegen diese absurde, konsumentenfeindliche und nicht umsetzbare Pseudo-Lösung.

Zweifelloos stehen die Buchhändler vor grossen Herausforderungen, die auch schmerzhaft Einschnitte bringen. Doch unter den Folgen der Frankenstärke leiden alle. Die effektive Herausforderung der Branche liegt darin, dass «Offline» und «Online» immer stärker zusammenspielen. Stichworte dazu sind Internethandel, E-Book und Enhanced Book. Es stimmt auch nicht, dass die Buchhändler die Wechselkursgewinne an die Konsumenten konsequent weitergeben, wie das Beispiel für den Roman «Der chinesische Sommer» exemplarisch zeigt:

Amazon:	Fr. 9.00*
ex libris:	Fr. 10.80
Books.ch (orell füssli):	Fr. 14.90

Die Buchhändler argumentieren derweil dreist, um ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen hinter kulturpolitischen Forderungen zu verstecken. Das

Ziel der Befürworter, das Kulturgut Buch durch ein Preisdiktat zu fördern, bleibt illusorisch. Bücher werden zu rund 90 Prozent importiert. Eine Buchpreisbindung würde in erster Linie den ausländischen Grossverlagen zugute kommen – auf Kosten der Schweizer Konsumenten! Es gibt eine Vielzahl von gezielteren Massnahmen, um Autoren und Verlage zu unterstützen. Gemäss einem Bericht von 2008 des Bundesamts für Kultur belaufen sich die jährlichen Massnahmen zur Buchförderung auf 203 Millionen. Darin nicht eingerechnet ist der reduzierte Mehrwertsteuersatz, der nochmals zu einer Entlastung von 40–50 Millionen führt.

Breite Allianz gegen Buchpreisbindung

Eine breite Allianz aus Jungfreisinnigen, JSVP, Piraten, FDP, SVP, Wirtschaftsverbänden, dem Konsumentenforum wie auch einzelne Autoren und Buchhändler bekämpften die absurde Buchpreisbindung. Sie schießt am Ziel vorbei, denn Profiteure wären in

erster Linie die ausländischen Verlage. Das Kulturgut Buch wird bereits heute stark und vor allem gezielt gefördert. Verlieren werden die Konsumenten, die ihre Bücher zu einem überteuerten Preis kaufen müssen. Zudem verlieren innovative Buchhändler sowie der Internethandel in der Schweiz, der gegenüber dem Ausland diskriminiert wird. Das neue Gesetz ist letztlich

nicht umsetzbar, da der grenzüberschreitende Handel vom Zoll erst gar nicht kontrolliert werden darf. Daher hat der Bundesrat sich auch gegen dieses neue Gesetz eingesetzt. Gleichzeitig steht der Preisüberwacher dem widersinnigen Ansinnen ebenso skeptisch gegenüber.

Weitere Artikel und Informationen unter www.buchpreisbindung-nein.ch

Buchpreis-diktat NEIN

Überteuerte Bücher NEIN

Staatliche Hochpreise NEIN

Stoppt die hohen Preise!

NEIN zur Buchpreisbindung am 11. März 2012!

* Eurokurs umgerechnet und CH-Kundenrabatt abgezogen.